

„Die Lage ist nicht nur in Regensburg prekär“

AKTION Grüne werben öffentlich für ein landesweites Wohnungsbauprogramm.

VON NORBERT LÖSCH, MZ

REGENSBURG. Mit einem symbolischen Spatenstich haben die Regensburger Grünen am Mittwoch ihrer Forderung nach einem landesweiten Programm „für bezahlbares Wohnen in lebenswerten Städten“ Nachdruck verliehen. „Wir brauchen ganz dringend wieder mehr öffentlich geförderten Wohnraum für Familien mit durchschnittlichem und geringem Einkommen“, sagte MdL Jürgen Mistol bei der Aktion auf dem Neupfarrplatz.

Mistol, OB-Kandidat Jürgen Huber, Stadträtin Margit Kunc sowie die beiden Stadtratskandidatinnen Maria Simon und Judith Werner verteilten Flyer und suchten das Gespräch mit Passanten. Laut Mistol läuft die Aktion in rund zehn bayerischen Städten, in denen der Wohnungsmarkt als ange-



„Wir arbeiten an einem Wohnbauprogramm“: Margit Kunc, Judith Werner, Jürgen Huber, MdL Jürgen Mistol und Maria Simon (von links) Foto: Lösch

spannt gilt. „Bayerns Wohnungsbau läuft auf Sparflamme“, heißt es in dem Flyer – für Jürgen Mistol ist das traurige Realität. Innenminister Joachim Hermann habe 2014 zum Jahr des Wohnungsbaus ausgerufen, ohne bislang Taten folgen zu lassen. Dabei

wären diese dringend geboten – speziell, was den sozialen Wohnungsbau angeht. Laut den Grünen nimmt der Bestand an Wohnungen mit Belegungsbindung rapide ab. „1993 sind in Bayern jährlich noch 12 000 Wohnungen staatlich gefördert worden, bis

2012 ist diese Zahl auf 1304 gesunken. Gleichzeitig verloren rund 6200 Wohnungen ihren geförderten Status. Unter dem Strich schrumpft die Zahl der Sozialwohnungen damit weiter.“

Die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen, das Überlassen des Markts an Investoren, denen die Renditen wichtiger sind als bezahlbare Mieten, aber auch auf niedrigem Niveau stagnierende staatliche Fördermittel sind einige der Gründe dafür, „dass der Anteil der Miete am verfügbaren Einkommen der Privathaushalte von Jahr zu Jahr steigt und schon jetzt bis zu 40 Prozent beträgt“, so Mistol. Was Regensburg betrifft, habe die Politik durchaus Steuerungs- und Einflussmöglichkeiten. „Das beginnt bei der Frage, wie die Stadt mit ihren eigenen Flächen umgeht und wie offen sie für alternative Wohnkonzepte ist. Auch beim zuletzt auf 20 Prozent festgelegten Anteil öffentlich geförderter Wohnungen bei Neubauprojekten könnte man noch eine Schippe drauflegen“, sagte Mistol.